

Terrorismus-Ziel Schweiz?

Tagung an der ETH Zürich

met. · Die Schweiz ist an sich kein vorrangiges Ziel für den Terrorismus. Die Einschätzung ist nicht neu, und sie bestätigte sich am Freitag an einer Tagung des Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich – wenn auch mit Relativierungen. Zwar sei unbestritten, dass die militärischen Interventionen im Irak und in Afghanistan bei potenziellen Terroristen als Motiv ursprünglich an oberster Stelle standen, sagte in einem Panel Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Deshalb seien Staaten, deren Streitkräfte in diesen beiden Ländern im Einsatz sind, besonders gefährdet.

Seit etwa 2005 habe aber besonders bei Einzeltätern der Karikaturenstreit im Zusammenhang mit dem Islam Bedeutung gewonnen. Auch stelle man heute Motiv-Vermischungen, darunter auch mangelhafte Integration in westliche Gesellschaften, fest. Deutschland habe in den letzten Jahren in Europa den grössten Zuwachs in der Terroriszenzene erlebt. Und es gebe eine Vernetzung im deutschen Sprachraum. Er würde deshalb der Schweiz empfehlen, genau hinzuschauen, sagte Steinberg.

Für Nationalrat Daniel Vischer (gp., Zürich) ist die Terroristen-Definition eine politische. Das zeige etwa die UCK in Kosovo, die vom Schweizer Nachrichtendienst erst als terroristische Organisation, später jedoch als Sinnbild für den Freiheitskampf eingestuft worden sei. Vischer warnte vor einem Ausbau der Observierungskompetenzen des Nachrichtendienstes; dies führe mit Sicherheit zu einer Intensivierung der Überwachungstätigkeit – zulasten der Grundrechte.

NZZ-Auslandredaktor Eric Gujer hielt dem entgegen, wer für einen zahnlosen Staatsschutz plädiere, leiste den Grundrechten einen Bärendienst. Angesichts der Tatsache, dass die Bedrohung ja eben doch da sei, entstehe dann die Tendenz, die Polizei mit möglichst vielen Überwachungskompetenzen auszustatten, bis hin zur Schaffung neuer Straftatbestände. Rechtsstaatlich sei das ein bedenklicher Weg. Gujer hält es unter dem Effizienzaspekt für bedenklich, wenn, wie unter dem Eindruck der jüngsten Aufregung um die Aufzeichnungstätigkeit des Nachrichtendienstes (NDB), sogar die Forderung erhoben wird, verdachtsunabhängige Recherchen seien zu untersagen.

In diesem Zusammenhang sprach NDB-Vizedirektor Jürg S. Bühler von sogenannten «Kontrolldelikten». Vorbereitungshandlungen für terroristische Aktivitäten würden eben nur erkennbar, wenn man auch in die entsprechen-

den Milieus hineinschauen könne. Im Übrigen teilte er Gujers Meinung, es dürfe nicht sein, dass der Schutz der inneren Sicherheit vollständig in die Hände der Strafverfolgungsbehörden zu liegen komme.